

2294/J XX.GP

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschöber, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Wiener Kurdenmorde

Nach dem Mykonos-Urteil werden die Hinweise und Indizien gegen Österreichs Behörden im Zusammenhang mit dem Entkommen der Wiener Kurdenmörder immer konkreter. Die unterzeichneten Abgeordneten richten aus diesem Grund an den Bundesminister für Inneres folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Bei der Überwachung der iranischen Botschaft, in der sich einer der Attentäter verborgen hielt, kam es zu einer Weisung des damaligen Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, diese Überwachung zu lockern. Wie lautete der Wortlaut dieser Weisung? Gab es vor dieser Weisung politische Interventionen beim damaligen GD in Richtung dieser Weisung? Wenn ja, welche und mit welchem konkreten Wortlaut? Liegt ein Akt bzgl. der Überwachung der iranischen Botschaft vor? Wie lautet der Inhalt dieses Aktes?
2. Liegen im Innenministerium bzw. bei der Wiener Polizei Informationen darüber vor, daß es im fraglichen Zeitraum zu direkten Interventionen bei der Wiener Polizei kam, wie dies von einem österreichischen Beamten im Mykonos-Verfahren ausgesagt wurde? Wenn ja, wann genau kam es zu den Interventionen? Wie lautet der Wortlaut des entsprechenden Aktenvermerkes? Wer wurde wann über diesen AV informiert?
3. Kam es im Bereich der Exekutive bzw. des Ministeriums in der gegenständlichen Angelegenheit zu Interventionen bzw. Vorsprachen anderer Ministerien bzw. Personen? Wenn ja, wann genau von wem und mit welchem konkreten Inhalt? Wie lauten die entsprechenden Aktenvermerke?
4. Liegen dem Innenministerium bereits die Österreich-Details des Mykonos-Prozesses vor? Welche konkreten Österreich-Bezüge wurden dabei gezogen? Welche Zeugenaussagen werfen Österreich vor, auf politischen Druck des Irans die Attentäter entkommen haben zu lassen? Wie bewertet das Innenministerium den Österreich-Bezug im Mykonos-Verfahren und welche konkreten Konsequenzen werden daraus